
Information über den feindlichen Zusammenschluss Übersiedlungssuchender unter Nutzung der Möglichkeiten der Kirche

Im Vorfeld der "Kampfdemonstration" am 17. Januar 1988 anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, richtete die AG Staatsbürgerschaftsrecht eine Erklärung an Innenminister Friedrich Dickel. In Reaktion darauf erstellte die Staatssicherheit einen Auskunftsbericht über die Mitglieder der Gruppe.

Am 17. Januar 1988 fand anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die alljährliche "Kampfdemonstration" in Ost-Berlin statt. An der Veranstaltung, an der traditionell die Partei- und Staatsführung teilnahm, beteiligten sich nach Angaben des Neuen Deutschland "über 200.000" Menschen.

Teilnehmen wollten auch über hundert Angehörige unabhängiger Menschenrechtsgruppen und Ausreisewillige. Ihre Transparente waren mit Luxemburg-Zitaten beschriftet wie "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" und "Wer sich nicht bewegt, spürt die Fesseln nicht". Bürgerrechtler forderten politischen Wandel in der DDR, Ausreisewillige, die ihren bislang erfolglosen Ausreiseantrag durchsetzen wollten, demonstrierten für das Recht auf Freizügigkeit.

Etliche Bürgerrechtsaktivistinnen und -aktivisten waren seit September 1987 in der Arbeitsgruppe "Staatsbürgerschaftsrecht der DDR" organisiert, die Rechtsberatungen für Ausreisewillige durchführte. Sie hatte am 10. Dezember 1987 mit einer Erklärung zum Tag der Menschenrechte auf sich aufmerksam gemacht, gerichtet an Innenminister Friedrich Dickel. Darin prangerte sie die Beschneidung der Menschenrechte in der DDR an. Erwin Grünberg, Günter Jeschonnek und Kai Wieckberg unterzeichneten für die AG Staatsbürgerschaftsrecht das Schreiben mit ihrem vollen Namen.

In Reaktion auf die Erklärung der AG Staatsbürgerschaftsrecht erstellte die Stasi Auskunftsberichte zu den Mitgliedern der Gruppe.

Signatur: BArch, MfS, HA XX/9, Nr. 1652, BL 304-305

Metadaten

Datum: 14.12.1987

Information über den feindlichen Zusammenschluss Übersiedlungssuchender unter Nutzung der Möglichkeiten der Kirche

BSTU. 468
000304

dringend

MfS Berlin, ZKG, Leiter

BV, BKG - Cottb., Gera, KMStadt, Potsd., Rostock, Schworin
470 471 472 473 474 475
Berlin 14. 12. 87

Information über den feindlichen Zusammenschluß Übersiedlungssuchender unter Nutzung der Möglichkeiten der Kirche

Anläßlich des Tages der Menschenrechte am 10. 12. 1987 und des zu diesem Thema durchgeführten Gottesdienstes in der Gethsemane-Kirche in Berlin verkündeten feindlich-negative Übersiedlungssuchende, daß sie eine sogenannte Arbeitsgruppe "Staatsbürgerschaftsrecht der DDR" gebildet haben und sich als "Selbsthilfegruppe für Menschen" verstehe, die Ausreisearträge gestellt haben.

Gleichzeitig übersandte diese feindliche Gruppe unter Hervorhebung, daß sie das Gastrecht der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg genieße, eine Erklärung feindlich-negativen Inhalts an den Minister des Innern und machte auf angebliche Verletzungen der Menschenrechte in der DDR aufmerksam.

Die feindlichen Aktivitäten der Gruppe wurden zielgerichtet und in Zusammenarbeit mit in der DDR akkreditierten westlichen Korrespondenten vorbereitet und bereits in Massenmedien des Gegners breit publiziert.

Zu den Unterzeichnern gehören die in der Anlage genannten Übersiedlungssuchenden aus Ihrem Verantwortungsbereich.

Zur Gewährleistung des einheitlichen und abgestimmten Vorgehens und der Herbeiführung zentraler Entscheidungen sowie wirksamen operativen Bearbeitung, Verunsicherung und Zersetzung in Abstimmung mit der HA IX und der HA XX bitte ich Sie, sofort zu veranlassen, einen Auskunftsbericht zu den vorgenannten Personen nach folgenden Kriterien erarbeiten zu lassen und der ZKG fernschriftlich zu übersenden:

- Name, Vornamen:
geboren am, in:
Beruf/Tätigkeit:
Arbeitsstelle
wohnhalt:
Vorstrafen:
Abteilung XII:
- gleiche Angaben zu Familienangehörigen
- Übersiedlungssuchen seit wann
- Motive bzw. Begründungen zur Übersiedlung

- 2 -

frun

Signatur: BArch, MfS, HA XX/9, Nr. 1652, BL 304-305

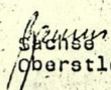
Blatt 304

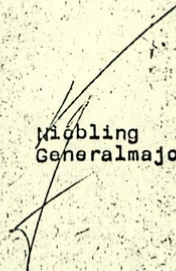
Information über den feindlichen Zusammenschluss Übersiedlungssuchender unter Nutzung der Möglichkeiten der Kirche

2

BSTU
000305

- Aktivitäten zur Durchsetzung der Übersiedlung
- kurze Persönlichkeitseinschätzung
- Verbindungen dieser Übersiedlungsversuchenden zu anderen feindlich-negativ eingestellten Personen aus Ihrem Verantwortungsbereich und zu in anderen Bezirken wohnhaften Übersiedlungsversuchenden
- Verbindungen dieser Übersiedlungsversuchenden zu ehemaligen Bürgern der DDR, einschließlich vorliegender Erkenntnisse über Treffen im sozialistischen Ausland und über Kontakte an der Transitstrecke bzw. durch Einreisende aus der BRD sowie Berlin (West)
- Verbindungen und Kontakte zu Feindorganisationen bzw. Feindpersonen, insbesondere IGfM und HVD, im Operationsgebiet
- Verbindungen und Kontakte zu kirchlichen Würdenträgern und Einrichtungen sowie Einschätzung des Charakters
- welche politisch-operativen Maßnahmen werden gegenwärtig von den zuständigen verantwortlichen Diensteinheiten durchgeführt
- bestehen Versagungsgründe für eine mögliche auch kurzfristige Übersiedlung
- Soweit diese Person/Personen enge oder direkte Kontakte zu Personen aus dem politischen Untergrund oder der Kirche haben, bitte ich den Auskunftsbericht mit der Linie XX abzustimmen.


Skene
Oberstleutnant


Hübbling
Generalmajor